



Friedhelm Hengsbach SJ

Der „deutsche“ Euro zerreißt Europa

Der nächtliche Verhandlungsmarathon am vergangenen Wochenende ist für Europa ein schwarzer Tag geworden. Nicht nur die griechische, auch die europäische Flagge weht auf halbmast. Wie konnte es dazu kommen? Was ist schief gelaufen?

In: Aachener Nachrichten, 17. Juli 2015, S. 2.

Beim Aufwachen nach dem quälenden Verhandlungspoker sehen die Beteiligten einen großen Scherbenhaufen vor sich. Die geschlossene bermacht der Gläubiger zerfällt. Frankreich und Italien stellen sich offen gegen die starre Haltung der deutschen Regierung, diese bedient sich kleinerer Staaten, um das eigene hegemoniale Gehabe zu vertuschen. Die Nahtstellen der Koalitionsregierung vertiefen sich zu Rissen an der Basis. Die USA gehen auf Distanz zum deutschen „Verbündeten“. Der IWF beteiligt sich nicht an Krediten, welche die Tragfähigkeit des Schuldners berschreiten. Die Euro-Finanzminister leisten sich ein aggressives Nachspiel mit der griechischen Regierung, als wollten sie diese ablösen gegen Kollegen, die ihnen genehm sind.

Die Mitglieder der „deutschen Troika“ haben eine erbärmliche Figur gezeigt. Wolfgang Schäuble hat unmittelbar vor der spannungsgeladenen Gipfelrunde die Lunte an ein Pulverfass gelegt, das den klärten Willen der Griechen, am Euro festzuhalten, zu sprengen drohte. Sigmar Gabriel überschlug sich in Tiraden gegen die griechische Regierung, um für die SPD den Anschluss an die bürgerliche Mitte nicht zu verpassen, die fleißig arbeitet und Steuern entrichtet. Die Kanzlerin lässt sich mit inhaltsleeren Sprechblasen: „Wo ein

le, da ist ein Weg“, „Keine Einigung um jeden Preis“, „Die Vorteile sind größer als die Nachteile“ vom Wechsel der Situation treiben. Sie redet im deutschen Interesse und im Blick auf ihre CDU-Klientel.

„Verlorenes Vertrauen“ und „Mangel an Verantwortung“ sind die Zauberworte, welche die selbst ernannten Retter ihrem Verhandlungspartner vorwerfen. Wer kann sie noch hören, wenn sie ausschließlich an die griechische Regierung gerichtet sind? Niemand redet davon, dass die Griechen das Vertrauen in ein Europa verloren haben, dessen Quellen Gerechtigkeit, wechselseitiger Respekt und Solidarität sind. Seit der Währungsunion stehen die starken Länder nicht mehr für die schwachen ein. Und die Schwachen können nicht mehr das Recht auf Hilfe beanspruchen. Vielmehr sind diese Grundsätze inzwischen auf den Kopf gestellt: Die Schwachen sollen Vorleistungen erbringen, bevor die Starken helfen.

„Reformen“ verlangen die Gläubiger von den Griechen. Aber nicht solche, die diese für nützlich und sinnvoll halten, sondern diejenigen, die in Deutschland seit der Agenda 2010 propagiert wurden: sinkende Löhne, gekürzte Sozialleistungen, öffentliche Schuldenbremsen und die Privatisierung öffentlicher Güter. Solche Reformen verdienen diesen Namen nicht. Sie haben eine steigende Altersarmut, wachsende soziale Ungleichheit und eine beispiellose gesellschaftliche Polarisierung erzeugt. Mit welchem Recht werden sie allen Ländern der Eurozone auferlegt? Alexis Tsipras hat Verträge unterschrieben, denen er das innere „Ja“ verweigert. Erzwungene Verträge sind unsittlich, nichtig. Sie binden nicht.

Die berechtigten Erwartungen der Griechen an eine andere Währungsunion sind von der Gläubigerfront rigoros vom Tisch gefegt worden. Dabei sind die Konstruktionsfehler der Eurozone längst erkannt, nämlich die bloß monetären Stellgrößen der ausschließlichen Stabilität des Güterpreisniveaus und der Verschlinkung öffentlicher Haushalte. Europa braucht eine Währungsunion, in der nicht Finanzmärkte, Geldvermögen und Gläubiger-/Schuldnerverhältnisse die erste Rolle spielen, sondern eine realwirtschaftliche Wertschöpfung, Beschäftigung und gerechte Verteilung der Einkommen.

Was braucht Europa? Eine symmetrische Disziplin der Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen und -defiziten, eine intensive wirtschaftspolitische Koordination, eine Zentralbank, die sowohl die Geld- und Finanzstabilität als auch einen hohen Beschäftigungsgrad anstrebt. Und einen Europäischen Währungsfonds, der dem Ausgleich der regionalen Ungleichgewichte dient. Dagegen rennt eine Eurozone, die darauf fixiert ist, die Verschuldung eines kleinen Mitgliedlandes durch noch mehr Schulden zu entschärfen, gegen die Wand.

